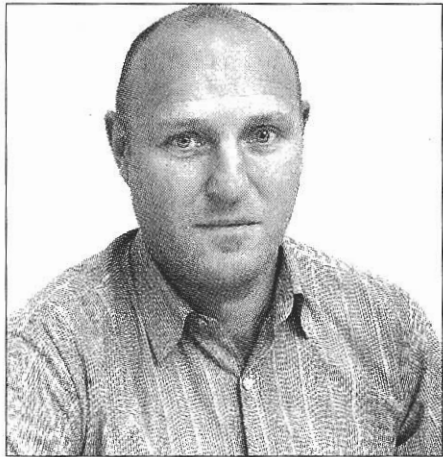


„Arbeitslosengeld II benachteiligt Familien“



Der Kieler Ökonom Prof. Ulrich Schmidt untersuchte die Verteilungsgerechtigkeit von Hartz IV. Foto Köhler-Kaebß

Von Ulrich Metschies

Kiel – Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in Deutschland steht vor einem Dilemma. Einerseits beschränkt Hartz IV vor allem bei Familien mit Kindern den Arbeitsanreiz: Ist etwa in einer fünfköpfigen Familie ein Erwachsener ganztätig berufstätig, so müsste ihm schon ein Bruttoeinkommen von 2567 Euro geboten werden, damit es sich für ihn lohnt, auf Arbeitslosengeld II zu verzichten und eine Arbeit aufzunehmen. Andererseits – und das haben Kieler Ökonomen jetzt herausgefunden – benachteiligt die derzeitige Ausgestaltung des ALG II Mehrpersonenhaushalte – vor allem Familien mit Kindern – gegenüber kinderlosen Singles. Dies ist das Fazit einer gestern vom Kieler Institut für Weltwirtschaft

(IfW) veröffentlichten Studie der Ökonomen Christos Koulovatianos, Ulrich Schmidt und Carsten Schröder.

Anhand einer Online-Umfrage haben die Autoren die Verteilungsgerechtigkeit des Arbeitslosengeldes II untersucht. Ausgehend von der aktuellen Unterstützungsleistung an Singles in Höhe von knapp 700 Euro fragten die Autoren: Wie hoch ist der zusätzliche Finanzbedarf von Mehrpersonenhaushalten, der gedeckt werden muss, damit diese Haushalte den gleichen Lebensstandard wie Single-Haushalte erreichen? Die Auswertung zeigt nach Angaben des Finanzwissenschaftlers Prof. Ulrich Schmidt (Uni Kiel): „Die im Rahmen des ALG II gewährte zusätzlichen Zahlungen für Mehrpersonenhaushalte reichen nicht aus, um diesen Mehrbedarf zu decken.“ Kin-

derlose Singles würden folglich „deutlich besser“ gestellt als Haushalte mit Kindern. So liege etwa das einer Familie mit zwei Kindern gewährte ALG II um 16 Prozent unter dem in der Studie ermittelten tatsächlichen Bedarf dieser Familie.

Eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze für Kinder könne aber nicht die Lösung sein, da sie den Anreiz zur Arbeitsaufnahme reduziere. Als Ausweg aus dem Dilemma schlagen Schmidt und seine Kollegen vor, bedürftigen Familien mit Kindern stärker als bisher den Zugang zu kostenfreien, ganztägigen Kinderbetreuungsangeboten wie Ganztagschulen und -kindergärten zu eröffnen. Die damit verbundenen Kosten, so Schmidt, seien gering – verglichen mit den gravierenden Folgekosten von Kinderarmut.